

**Öffentliche Niederschrift über die
33. Sitzung des Kreisausschusses (11. Wahlzeit)
des Landkreises Trier-Saarburg
am 20.06.2022 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **17:00** Uhr

Ende: **18:23** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Stefan Metzdorf

Mitglieder

Herr Boris Bulitta

Frau Stephanie Freytag

Herr Bernhard Henter

Herr Michael Holstein

Herr Dieter Klever

Frau Dr. Kathrin Meß

Herr Paul Neumann

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Herr Achim Schmitt

ab TOP 6

Vertretung für Frau Stephanie Nickels

Vertretung für Herrn Lothar Rommelfan-
ger

Herr Arnold Schmitt

Herr Markus Thul

Herr Joachim Trösch

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Lutwin Ollinger

Frau Kreisbeigeordnete Kathrin Schlöder

Verwaltung

Herr Joachim Christmann

Herr Christoph Fuchs

Herr Thomas Müller

Herr Rolf Rauland

Frau Hannah Schmitz

Herr Stephan Schmitz-Wenzel

Leiter des Geschäftsbereichs II

Büroleiter

Pressestelle

Leiter des Geschäftsbereichs I

Pressestelle

Leiter des Geschäftsbereichs III

Gäste

Herr Alfred Bläser

Vorsitzender des Seniorenbeirates

nicht anwesend:

Mitglieder

Frau Stephanie Nickels	entschuldigt
Herr Lothar Rommelfanger	entschuldigt

mit beratender Stimme

Frau Erste Kreisbeigeordnete Simone Thiel	entschuldigt
---	--------------

Zur Geschäftsordnung

Der **Landrat** eröffnet die heutige Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt herzlich dazu die Mitglieder, die Verwaltung sowie die Gäste. Ferner weist er auf die getroffenen Hygienemaßnahmen hin.

Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Es besteht folgende Reduzierung der Tagesordnung im öffentlichen Teil der Sitzung:

- „DigitalPakt Schule: Erweiterung der pädagogischen Netzinfrastruktur (Elektroarbeiten) in vier kreiseigenen Schulen“ (TOP 2.1 der Einladung)

Der **Kreisausschuss** stimmt der Reduzierung der Tagesordnung nach § 27 Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 LKO einstimmig zu.

Es bestehen keine weiteren Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

3. Einwendung gegen die Niederschrift der Kreisausschusssitzung vom 02.05.2022; Vorlage: 0231/2022
4. Auftragsangelegenheiten
 - 4.1. DigitalPakt Schule: Erweiterung des Auftrags zur Beschaffung und betriebsfertigen Installation von Switches in kreiseigenen Schulen
Vorlage: 0227/2022/1
 - 4.2. DigitalPakt Schule: Vergabeermächtigung für Beschaffungen über Rahmenvertrag; Vorlage: 0228/2022/1
5. Annahme einer Spende; Vorlage: 0197/2022
6. Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates
Vorlage: 0186/2022
7. Änderung der Verbandsordnung des Kommunalen Zweckverbandes (KommZB); Vorlage: 0206/2022
8. Erweiterung des Bildungsangebotes an der Geschwister-Scholl-Schule Saarburg – Standort Hermeskeil zum Schuljahr 2023/2024; Bildungsgänge Höhere Berufsfachschule, Fachrichtung Sozialassistenten und Fachschule Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik; Vorlage: 0142/2022/1
9. Kreisstraßenangelegenheiten / Beschluss; Vorlage: 0168/2022/1
10. Informationen und Anfragen
 - 10.1. Information des Landrates über das Stellenbesetzungsverfahren "Klimaschutzmanager"; Vorlage: 0248/2022
 - 10.2. Weitere Informationen und Anfragen

3. **Einwendung gegen die Niederschrift der Kreisausschusssitzung vom 02.05.2022; Vorlage: 0231/2022**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) betont, dass diese Einwendung gegen die Niederschrift aus seiner Sicht nebensächlich sei. Im Falle einer Beschlussfassung über die Änderung der Niederschrift bitte er darum, dass ins Protokoll seine Verwunderung über die Aussagen von Kreisausschussmitglied Port (Bündnis 90/ Die Grünen) ebenfalls ergänzend zum Ausdruck kommen.

Kreisausschussmitglied **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) stimmt seinem Vorredner zu. Ihm gehe es nicht um persönliche Angelegenheiten in dieser Sache.

Landrat **Metzdorf** betont, dass keine Wortprotokolle zu den Sitzungen erstellt werden. Künftig bittet er bei Einwendungen gegen die Niederschrift, sich frühzeitig mit dem Sitzungsdienst in Verbindung zu setzen, um etwaige Einwendungen bzw. wichtige Hinweise im Vorfeld vorzubringen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, die Niederschrift der Sitzung des Kreisausschusses vom 02.05.2022 auf Seite 5 nach dem Abschnitt 2 wie folgt zu ergänzen:

„Kreisausschussmitglied Port (Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert die fehlende Beteiligung des Ausschusses für Schulen, Kultur und neue Medien bezüglich der Ausstattung der Container in Kell am See.“

Seitens der Verwaltung wird erklärt, dass der Ausschuss für Schulen, Kultur und neue Medien nicht an der Beratungsfolge beteiligt worden ist, da eine gewisse Dringlichkeit bei der Auftragsvergabe bestand. In dem Zeitraum, als die Vergabe zur Ausstattung der Container in Kell am See durchgeführt werden soll, war keine Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und neue Medien terminiert, sodass umgehend der Kreisausschuss mit diesem Tagesordnungspunkt befasst wurde. Ferner ist die Situation bei den Auftragsvergaben aktuell aufgrund der stetig steigenden Rohstoffpreise sehr dynamisch, wodurch die bietenden Firmen nur kurzfristig Angebote abgeben können.

„Fraktionsvorsitzender Henter (CDU) zeigt sich verwundert über die Aussagen seines Vorredners, da die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion sich dagegen ausgesprochen habe.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
4. **Auftragsangelegenheiten**

4.1. **DigitalPakt Schule: Erweiterung des Auftrags zur Beschaffung und betriebsfertigen Installation von Switches in kreiseigenen Schulen**
Vorlage: 0227/2022/1

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die Erweiterung des Auftrags zur Beschaffung und betriebsfertigen Installation von Switches in kreiseigenen Schulen.

Dies betrifft Los 1 der in der Sitzung des Bauausschusses vom 30.08.2021 beschlossenen Vergabe des Auftrags zur Erweiterung der pädagogischen Netzwerkinfrastruktur (aktive Netzwerktechnik) in kreiseigenen Schulen an die Firma iks informations- und kommunikationssysteme GmbH, Weiskirchen.

Auftragssumme: siehe Vorlage Nr. 0227/2022 im nichtöffentlichen Teil

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilhaushalt 3 – Abteilung 5: Schulen und Bildung zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4.2. **DigitalPakt Schule: Vergabeermächtigung für Beschaffungen über Rahmenvertrag; Vorlage: 0228/2022/1**

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und beschließt, dass Beschaffungen zur Umsetzung des DigitalPakt Schule 2019-2024 an den kreiseigenen Schulen, die auf Grundlage der beantragten/bewilligten Mittel und über Rahmenverträge des Landes erfolgen, ohne die für Aufträge ab einer Wertgrenze von 25.000 EUR vorgesehene Entscheidung des Kreisausschusses bzw. Bauausschusses vergeben werden können.

Der Landrat wird ermächtigt, diese Aufträge - im Rahmen der für die Laufzeit

des DigitalPakt Schule als Haushaltsansatz veranschlagten Mittel (4.099.030 EUR) - über Rahmenverträge des Landes zu erteilen.

Sofern eine Beschaffung über Rahmenverträge des Landes nicht möglich sein sollte, erfolgt die Vergabe mittels geeignetem Vergabeverfahren (schulübergreifend) und unter der vorgesehenen Einbeziehung der Kreisgremien entsprechend Dienstanweisung.

Der Kreisausschuss wird in regelmäßigen Abständen zum aktuellen Stand der Umsetzung des DigitalPakt Schule 2019-2024 inkl. der getätigten Beschaffungen über Rahmenvertrag informiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. Annahme einer Spende; Vorlage: 0197/2022

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Annahme der Geldspende in Höhe von 25.000,00 EUR gem. § 58 Abs. 3 der Landkreisordnung (LKO) zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates; Vorlage: 0186/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung. Ferner begrüßt er den neugewählten Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Herrn Alfred Bläser. Nach dem Glückwunsch zur Wahl dankt er seiner Vorgängerin, Frau Jutta Roth-Laudor für die geleistete Arbeit.

Herr **Bläser** verweist auf den als Anlage zur Vorlage beigefügten Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates. Dieser Beirat sei 2019 ins Leben gerufen worden und stark durch die Corona-Pandemie in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt gewesen. Seine Vorgängerin habe ihren Vorsitz aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt. Er sei voller Hoffnung und voller Begeisterung für die bevorstehenden Aufgaben. In der nächsten Zeit wollen sich die Mitglieder des Seniorenbeirates zu verschiedenen Anlässen in den Verbandsgemeinden vorstellen. Es solle dabei ein Arbeitsschwerpunkt herausgearbeitet werden. Als Beispiel könne die Zusammenarbeit mit dem Haus der Gesundheit bzw.

dem Gesundheitsamt dienen, um Corona-Maßnahmen für Senioren zu entwerfen. Ferner können die älteren Menschen möglicherweise zum Impfen animiert werden. Ebenfalls wolle sich der Seniorenbeirat im Bereich der „Gemeindeschwester plus“ engagieren. Für ihn sei die Vernetzung sehr wichtig. Eine eigene Internetseite sei im Entwurf. Derzeit werden für eine engere Zusammenarbeit Gespräche mit dem Seniorenbeirat der Stadt Trier geführt.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) dankt für den engagierten Vortrag.

Dem Dank anschließen könne sich der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU). Die Gründung des Seniorenbeirates gehe auf einen Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zurück. Er sei der festen Überzeugung, dass dort gute Arbeit geleistet werde. Zustimmung erhalte der Beirat für seine Öffentlichkeitsarbeit in den Verbandsgemeinden. Falls es beratungswürdige Angelegenheiten gebe, können gerne die zuständigen Kreisgremien darüber befinden. Er freue sich bereits auf den nächsten Tätigkeitsbericht und wünsche viel Erfolg für die anstehende Arbeit.

Fraktionsvorsitzender **Holstein** (FWG) bietet die Unterstützung der FWG-Kreistagsfraktion an. Die Bedarfe in diesem Bereich seien im Wachstum. In der Verbandsgemeinde Trier-Land sei die Stelle einer Seniorenbeauftragten installiert. Netzwerke seien wichtig für den inhaltlichen Fortschritt und Veranstaltungen.

Kreisausschussmitglied Rummel (Bündnis 90/ Die Grünen) gibt an, dass sie selber Mitglied im Seniorenbeirat sei. Dieser sei in einer guten Ausgangslage. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

7. Änderung der Verbandsordnung des Kommunalen Zweckverbandes (KommZB); Vorlage: 0206/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung sowie deren Anlagen.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** erläutert, dass der vorliegende Beschlussvorschlag in allen beteiligten rheinland-pfälzischen Landkreisen und kreisfreien Städten gleichlautend gefasst werden müsse. Diese Beschlüsse benötige der Zweckverband um die Satzung zu ändern. Dementsprechend verweise er auf die als Anlage zur Vorlage beigefügten Synopse.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) erklärt, dass er diesem Zweckverband bereits vor seiner Einführung skeptisch gegenübergestanden habe. Im gesamten Land müsse der Beschluss einheitlich gefasst werden. Es sei im Nachgang aufgefallen, dass die Satzung geändert werden müsse. Aus diesem Grund sei ein erneuter Beschluss notwendig. Ein gelungener Start des

Zweckverbandes sehe anders aus.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) merkt an, dass in der angesprochenen Synopse unter dem Abschnitt zu § 6 eine Dopplung sei. Dort seien zwei wortgleiche Textpassagen bei der alten sowie der neuen Fassung zu finden.

Bis zur abschließenden Beschlussfassung im Rahmen der nächsten Kreistagssitzung werde dieser Punkt abgeklärt, sagt Geschäftsbereichsleiter **Christmann** zu.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Verbandsordnung des KommZB wie in dem aus der Anlage 1 der Vorlage ersichtlichen Wortlaut korrigiert zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8. **Erweiterung des Bildungsangebotes an der Geschwister-Scholl-Schule Saarburg – Standort Hermeskeil zum Schuljahr 2023/2024; Bildungsgänge Höhere Berufsfachschule, Fachrichtung Sozialassistentz und Fachschule Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik; Vorlage: 0142/2022/1**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Ferner fährt er fort, dass er an einem Termin in der Staatskanzlei in Mainz teilgenommen habe. Überdies sei ein Gespräch mit der ADD Trier in der vergangenen Woche geführt worden. Er wolle den Schulstandort Hermeskeil stärken.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) gibt an, dass die CDU-Kreistagsfraktion zustimmen werde. Die Berufsschule habe einige Bildungszweige vorzuweisen. Am Schulstandort in Hermeskeil gebe es derzeit 3 Möglichkeiten das Abitur zu erreichen. Aus seiner Sicht werde der Standort dadurch geschwächt. Ansonsten könne er den Ausführungen der Verwaltung zustimmen.

Zustimmend teilt der **Landrat** mit, dass er die Entwicklung kritisch betrachte. Die Konkurrenz unter den Schulen sei nicht zielführend. Er werde diesbezüglich Gespräche führen.

Die SPD-Kreistagsfraktion werde ebenfalls zustimmen, so die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD). Die Stärkung der BBS Hermeskeil sei positiv zu betrachten. Eine Integrierte Gesamtschule sei nur mit einer Oberstufe komplettiert. Unterstützungsmöglichkeiten könnten gefunden werden.

Die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion werde dieses Vorhaben auch unterstützen bringt Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) vor. Lehrermangel herrsche an allen Schulen.

Fraktionsvorsitzender **Holstein** (FWG) stimmt den Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden Henter (CDU) zu. Der Fachkräftemangel sei ein wichtiger Aspekt. Dieser Beschluss könne eine Chance für den Standort Hermeskeil darstellen. Aus dem zunehmenden Fachkräftemangel entstehe die Frage, woher das angedachte Personal angeworben werden solle. Der künftige Rechtsanspruch für Betreuung an Grundschulen könne für die Kommunen zur Herausforderung werden.

Der **Landrat** betont, dass die Verwaltung die vorgebrachten Aspekte im Blick habe. Unter anderem die positive öffentliche Darstellung der gesuchten Berufe sei von Bedeutung, um Personal zu finden.

Ihrer Kenntnis nach sei die Nachfrage nach sozialpädagogischen Berufen sehr groß, bringt die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) ein. Aus ihrer Sicht gebe es keine Konkurrenz zwischen den Schulen. Vielmehr sei es positiv zu bewerten, dass die Schüler:innen freie Wahlmöglichkeiten besitzen.

Aktuell bereise er die Schulen im Landkreis nach und nach, um sich ein Bild vor Ort machen zu könne, informiert der **Landrat**. Als erstes Zwischenergebnis möchte er festhalten, dass es sehr gute Schulen gebe, an denen sehr gute Arbeit geleistet werde.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, dem Antrag auf Einrichtung neuer Bildungsgänge für die Höhere Berufsfachschule, Fachrichtung Sozialassistenten und Fachschule Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik am Standort der Geschwister-Scholl-Schule in Hermeskeil zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. Kreisstraßenangelegenheiten / Beschluss; Vorlage: 0168/2022/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** ergänzt, dass diese Ausführungen lediglich den Bereich der Kreisstraßen betreffen. Im Rahmen der kommenden Ältestenratssitzung werde dieses Thema ebenfalls für andere Bereiche beraten.

Die CDU-Kreistagsfraktion könne dem Beschlussvorschlag zustimmen, so der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU). Jedoch sei die Angelegenheit insgesamt nicht unkritisch zu sehen. Der Wettbewerb werde durch die aufgeführte Maßnahme eingeschränkt. Sie sei zunächst bis zum 30.09.2022 befristet. Im Anschluss daran müsse sie erneut überdacht werden. Dieser Tagesordnungspunkt sei bereits im Bauausschuss vorberaten worden. Nicht nur die Unternehmen benötigen eine gewisse Sicherheit, sondern auch der Landkreis als Investor.

Landrat **Metzdorf** verweist diesbezüglich auf § 313 BGB (Störung der Geschäftsgrundlage). Es sei kaum absehbar, inwiefern sich die Kosten in diesem Maße weiterentwickeln werden.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt auf Empfehlung des Bauausschusses bei der Auftragsvergabe neuer Verträge im Straßenbau einer in der Sachdarstellung näher erläuterten, zeitlich befristeten Sonderregelung zuzustimmen. Auch bei bereits eingeleiteten Vergabeverfahren, sowie bei bestehenden Verträgen sind diese Sonderregelungen nachträglich einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10. Informationen und Anfragen

10.1. Information des Landrates über das Stellenbesetzungsverfahren "Klimaschutzmanager"; Vorlage: 0248/2022

Protokoll:

Nach dem Verweis auf die Vorlage durch den **Landrat** kritisiert Kreisausschussmitglied **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen), dass er in der vergangenen Kreistagssitzung die Verwaltung gebeten habe, die Förderschädlichkeit bei vorzeitiger Stellenausschreibung schriftlich zu bestätigen. Dies sei bisher leider nicht geschehen.

Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** gibt an, dass der Fördergeber inzwischen positiv beschieden habe. Die Maßnahme könne unter einem vorzeitigen Maßnahmenbeginn betitelt werden.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Dr. Meß** (Die Linke) bestätigt der **Landrat**, dass es sich bisher um einen Vorbehalt handele.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Information zur Kenntnis.

Rüge der Bündnis 90/ die Grünen-Kreistagsfraktion

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) erkundigt sich nach dem Sachstand der Rüge hinsichtlich des Kreistagsbeschlusses zum Tagesordnungspunkt „Aktueller Sachstand zum Brand- und Katastrophenschutz“, die seitens der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion eingereicht worden sei. Er bedanke sich für die Beantwortung seiner Anfrage bezüglich des Ausbaustandes von Führungs- und Lagezentren bei anderen Landkreisen im Land. Daraus werde ersichtlich, dass der Landkreis Trier-Saarburg in diesem Bereich gut aufgestellt sei. Das Ansinnen der CDU-Kreistagsfraktion mit dem Antrag in der vergangenen Kreistagssitzung sei gewesen, einen Konsens unter den Kreistagsfraktionen zu finden. Der Landrat habe dies dankenswerterweise unterstützt.

Der **Landrat** berichtet, dass dieses Thema in der heutigen Kreisvorstandssitzung angesprochen worden sei. Das Antwortschreiben an die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion sei bereits vorbereitet gewesen. Nach der heutigen Beratung ist es vorgesehen, dass diese Angelegenheit in der kommenden Ältestenratssitzung beraten werden könne.

Das künftige Vorgehen bei Tagesordnungspunkten sehe folgendermaßen aus: bei Informationsvorlagen seien Fragestellungen durch Gremienmitglieder weiterhin möglich. Jedoch könne zu Informationsvorlagen künftig keine Rederunde mehr vereinbart werden. Bei der Beschlussfassung zum Führungs- und Lagezentrum in der letzten Kreistagssitzung sei ein regelkonformer Antrag auf Beschlussfassung gestellt worden, der einen mehrheitlichen Beschluss herbeigeführt habe. Zudem seien von allen Kreistagsfraktionen Anträge gestellt worden. Falls die vorliegende Rüge aus rechtlicher Sicht streng ausgelegt werden solle, bedeute dies für die Zukunft eine andere Arbeitsweise während den Sitzungen. Falls dieser Tagesordnungspunkt erneut in einer Kreistagssitzung beraten und beschlossen werden solle, werde kostbare Zeit verstreichen, ohne dass es zu einem anderen mehrheitlichen Ergebnis komme. Seitens der Verwaltung werde das Gutachten nun in Auftrag gegeben. Nach der gutachtlichen Prüfung des Standortes können die Ergebnisse im Anschluss beraten werden. Die Rüge habe er zur Kenntnis genommen. Er bitte um größtmöglichen Konsens seitens des Kreistages. Der Landkreis besitze bereits heute über ein vollfunktionsfähiges Führungs- und Lagezentrum.

Den Ausführungen des Landrates könne er sich anschließen gibt der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) an. Das Ergebnis des Gutachtens bleibe abzuwarten. Er bitte darum, das Gutachten in Auftrag zu geben, um Zeitverzögerungen zu vermeiden.

Der Konsensfindung könne die SPD-Kreistagsfraktion zustimmen, so die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD). Der zweite Teil der Rüge sei aus ihrer Sicht von Interesse. Es sei zu prüfen, wer letztendlich die Entscheidung über die Einrichtung bzw. den Neubau eines Führungs- und Lagezentrums zu treffen habe. Der gefundene Mehrheitsbeschluss sei aus ihrer Sicht in Ordnung. Jedoch seien weitere Übereinstimmungen mit Kreistagsfraktionen wünschenswert.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) schildert, dass aus verwaltungsrechtlicher Sicht überrascht von der Zuständigkeit in dieser Angelegenheit sei. Ei-

nerseits könne der Landrat alleine über die Einrichtung bzw. den Neubau eines Führungs- und Lagezentrums entscheiden. Andererseits stelle der Kreistag die dazu notwendigen finanziellen Mittel in den Kreishaushalt ein. Falls der Kreistag diesen Beschluss nicht fasse, entstehe ein Widerspruch. Aus diesem Grund müsse der Kreistag in die Beschlussfassung eingebunden werden.

Er in seiner Funktion als **Landrat** sei für den Brand- und Katastrophenschutz verantwortlich. Zu beachten sei ferner, dass es sich um Steuergelder handle, die der Kreistag für einen Neubau verwende. Er erwarte mit Spannung das Ergebnis der Enquête-Kommission des Landes zu diesem Thema.

Fraktionsvorsitzender **Bulitta** (Bündnis 90/ Die Grünen) schließt sich den Ausführungen der Fraktionsvorsitzenden Sahler-Fesel (SPD) an. Er bitte ebenfalls um Prüfung der Zuständigkeit im Rahmen des LBKG.

Der **Vorsitzende** informiert, dass er in der nächsten Woche an einem Seminar zum Katastrophenschutz teilnehmen werde.

Fraktionsvorsitzender **Holstein** (FWG) führt aus, dass der Landrat ab den Warnstufen 4 und 5 im Katastrophenfall Einsatzleiter sei. Ziel sei es, für die TEL bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen. In einem solchen Fall gebe es verschiedene Möglichkeiten, sich mit dem Landrat abzustimmen. Die Ergebnisse der Enquête-Kommission des Landes abzuwarten, halte er für kritisch, da eine zeitnahe Entscheidung von Vorteil sei. Ein solcher Fortschritt sei die Beauftragung des Gutachtens. Er weise darauf hin, dass sich die Planungen der Verbandsgemeinde Trier-Land ebenfalls dadurch verzögern.

Landrat **Metzdorf** fasst zusammen, dass die Verwaltung das Gutachten in Auftrag gebe und prüfe inwiefern der Kreistag nach den Vorschriften des LBKG Mitwirkungsrechte bei dem Thema Führungs- und Lagezentrum besitze.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

10.2. Weitere Informationen und Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine weiteren Informationen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer:innen.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Stefan Metzdorf)

(Andreas Reichert)